

## Nachtragshaushalt: desaströse Haushaltslage der Stadt Darmstadt

Michael Siebel - Fraktionssprecher

Es hat die Stadtgesellschaft wie ein Blitz getroffen, als der Magistrat nach seiner Haushaltsklausur verkündete, dass wir in diesem Jahr 55 Mio. Euro Gewerbesteuermindereinnahmen haben und mit 33 Mio. Euro Gewerbesteuerrückzahlungen zu rechnen hätten.

Der Kämmerer Schellenberg behauptet, er habe von dem Desaster erst Ende März erfahren. Wer so viel Nebel wirft, muss sich die Fragen gefallen lassen, die wir in der dringlichen Großen Anfrage gestellt haben. Es ist üblich, sich gerade im ersten

Quartal in Gesprächen mit den großen Gewerbesteuerzahlern über die konjunkturelle Entwicklung auszutauschen. Es ist absolut unüblich, darüber nicht zu wissen als Kämmerer einer Großstadt, was sich bei der Gewerbesteuer tut.

Es fehlen 52 Mio. Euro. Mit den vorgeschlagenen Steuerhöhungen von 425 Punkte auf 454 Punkte und der nochmaligen Anhebung der Grundsteuer B auf 650 Punkte sowie der Grundsteuer A auf 390 Punkte werden 19 Mio. Euro geschätzte Mehreinnahmen erzielt. Dazu kommen dann nochmal 8 Mio. Euro Minderausgaben bei der Gewerbesteuerumlage und angegebene 8 Mio. dafür, dass die Haushaltssperre nicht aufgeweicht wird. Trotzdem fehlen noch knapp 20 Mio. Euro um 2017 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Die SPD-Fraktion trägt in der Tradition ihrer Haushaltsanträge der letzten Jahre die Erhöhung der Gewerbesteuer mit. Kein Unternehmen wird Darmstadt deshalb verlassen.

Aber eine nochmalige Erhöhung der Grundsteuer B ist mit uns nicht zu machen. Es kann doch nicht sein, dass wir uns bemühen preiswerten Wohnraum zu schaffen und dann diese Bemühungen mit einer weiteren Grundsteuererhöhung ad absurdum führen.

*weiter auf Seite 2*



Und wir werden auch keine Erhöhung der Kindergartengebühren mittragen. Wir wollen familienfreundliche Stadt sein und die Regierung diskutiert eine Erhöhung der Gebühren. Das ist familienfeindlich und das lehnen wir ab.

Wenn jetzt nicht gehandelt wird, läuft die Stadt Darmstadt Gefahr, 2017 keinen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können und 184 Mio. Euro an das Land Hessen zurückzahlen zu müssen. Das wäre die Bankrotterklärung dieses Magistrats und der Stadt Darmstadt.

**Daher fordert die SPD:**

- Sanierung des Berufsschulzentrums und des Nordbades müssen Priorität haben
- Sofortiger Baustopp für die Lichtwiesenstraßenbahn
- Keine Landesgartenschau für Darmstadt
- Der Masterplan 2030 muss gestoppt werden



**Finanzen:**

## Dagmar Metzger zum 1. Nachtragshaushalt

*Dagmar Metzger - Stv. Fraktionssprecherin*

Die „unendliche Geschichte der angeblich „unvorhergesehenen“ Gewerbesteuerückzahlungen in zweistelliger Millionenhöhe und die Überraschung der jeweiligen Kämmerer unserer Stadt, erlebe ich nunmehr seit fast 20 Jahren. Steuerprognosen bei Steuereinnahmen sollten daher immer mit Vorsicht bei Haushaltberatungen eingeplant werden. Desto erstaunter war die SPD-Fraktion bei den letzten Haushaltsberatungen, dass der Kämmerer zwischen Magistratsberatungen und Verabschiedung des Haushalts in der 3. Lesung die Gewerbesteuererinnahmen – eine der größten Einnahmepositionen der Stadt – zweimal erhöht hat, um einen

ausgeglichenen Haushalt darzustellen. Jetzt aber klafft ein Loch von über 50 Mio. Euro, das zu einem Großteil wieder einmal durch Steuererhöhungen für unsere Bürgerinnen und Bürger einhergehen soll. Solange hier kein vernünftiges Haushaltskonsolidierungskonzept vorliegt, werden wir der vorgelegten 1. Nachtragshaushaltssatzung 2017 nicht zustimmen. Zumal die Grundsteuer B innerhalb von fünf Jahren das dritte Mal erhöht wird. Die grün-schwarze Regierung und Koalition hat es geschafft, diese Steuer in fünf Jahren um 75% zu erhöhen. Bei den Konsolidierungsmaßnahmen muss genau hingeschaut werden.

**Finanzen:**

## Stadtregierung muss endlich die Realität anerkennen *Oliver Lott*

Man hat tatsächlich das Gefühl, dass der Kämmerer den Ernst der Lage noch nicht erkannt hat und auch bei der Konsolidierung des Nachtrags weiter durch optimistische Schätzungen das Problem kleinrechnet. Anders ist es nicht zu erklären, dass der Magistrat auf Bürgerveranstaltungen weiterhin kostspielige Projekte vorstellt und die desaströse Haushaltslage mit keinem Wort erwähnt.



## Grundstücksverkauf:

### Stadt vergibt Chance im Pallaswiesenviertel *Michael Siebel - Fraktionssprecher*

„Für das Pallaswiesenviertel wurde mit dem Verkauf des Grundstücks an der Gräfenhäuser Straße 71 eine riesige Chance vergeben“, begründete SPD-Fraktionssprecher Michael Siebel die Ablehnung der Verkaufsvorlage. Nach Auffassung der SPD könnte dort Wohnungsbau entstehen und nicht – wie jetzt geplant – ein Boarding House. Wir haben in dem Viertel mehrere Grundstücke, auf denen Wohnungsbau entstehen könnte. Das will Grün-Schwarz aber nicht. Sehr verwunderlich!



## bezahlbares Wohnen:

### Subventionsquote muss eingehalten werden

*Oliver Lott*

Die vom Magistrat beschlossenen Förderwege begrüßt die Fraktion mit großer Freude - gerade weil die dort geregelten Subventionen das öffentlich geförderte Bauen attraktiver machen. Dass beim geplanten Bau von 10.000 Wohnungen in der Legislatur bei 45% Förderquote jährlich 40 Mio. Euro für Subventionen bereithalten muss, ist eine politische Entscheidung, die die SPD gerne mitträgt.



## bezahlbares Wohnen:

### Wohnraumförderung für mittlere Einkommen

*Anne Marquardt*

Nach dem Beschluss von Quoten für den öffentlich geförderten Wohnungen ist dieser Beschluss ein weiterer wichtiger Schritt.

Besonders Familien mit Kindern haben es schwer, geeignete Wohnungen zu finden. Da ist es gut und richtig, dass wir Wohnungen für mittlere Einkommen fördern. Es ist allerdings notwendig, dass die Stadt eigene Flächen nicht veräußert, um dort Supermärkte oder Boarding-Houses zu bauen, sondern alles Notwendige unternimmt, um Wohnungsbau zu realisieren. Ein Bebauungsplan, der etwas anderes vorsieht, kann ggf. auch geändert werden!



## Radverkehrsstreifen in der Heidelberger Straße:

### grün-schwarze Radverkehrs-Symbolpolitik?

Yasemin Aslan

Über die regelwidrig auf dem rechten Fahrstreifen parkenden Autos ärgern sich Autofahrer und Radfahrer gleichermaßen, denn sie müssen dadurch auf den verbleibenden Fahrstreifen ausweichen und sich den Verkehrsraum teilen. Dass der rechte Fahrstreifen der Heidelberger Straße nun für einen Radverkehrsstreifen geräumt werden soll, ist für den flüssigen Verkehr ebenso sinnvoll wie für den Radverkehr. Die SPD-Fraktion hat dieser Vorlage zugestimmt.

„Allerdings bleibt die Frage, wie das Wegerecht durchgesetzt werden soll, vor allem nachts. Nur weil der Streifen jetzt einen anderen Namen und eine andere Farbe bekommt, bedeutet das nicht, dass er nicht auch weiterhin zum Autoparken benutzt wird. Wir wollen weitere Taten sehen, um den Streifen frei zu halten, ansonsten ist das nur eine Radverkehrs-Symbolpolitik von Grün-Schwarz“, sagt die SPD-Stadtverordnete Yasemin Aslan.



## Parkraumbewirtschaftung:

### Parkplätze im gesamten Kapellplatzviertel

Yasemin Aslan

Als „Pilotprojekt“ bezeichnete die grün-schwarze Koalition die Parkraumbewirtschaftung im Kapellplatzviertel und bat um Zustimmung. Zur Erinnerung: Im gesamten Kapellplatzviertel soll das Parken kostenpflichtig werden: 0,80 € pro Stunde für alle, BewohnerInnen des Viertels erhalten eine Ausnahme für 120 € pro Jahr. Die Situation für die Geschäftsbesitzer ist nicht geregelt. Die Voruntersuchungen haben aber gezeigt: BewohnerInnen möchten eine Parkplatzgarantie haben und der Parksuchverkehr von fremden Parkern aus der Innenstadt ist mit 75% auch viel zu hoch. Wir wollen deswegen eine Bewohnerzone statt kompletter Bewirtschaftung, weil hier zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden können: BewohnerInnen erhalten eine Parkplatzgarantie und durch die Ausweisung einzelner Straßenabschnitte zur Bewohnerzone fahren Fremdarker erst gar nicht in diese Bereiche und das Viertel wird generell verkehrsberuhigter. Diese Chance wurde nun vertan - einziger Wermutstropfen: Nach einem Jahr will Grün-Schwarz die Situation evaluieren. Es kann aber sein, dass wir schon vorher auf der Matte stehen: Nämlich wenn keine Nachbesserung für die Parksituation des Geschäftsbesitzer vorgenommen wird.



## Antrag der SPD Fraktion:

### Discounter-Strategie erarbeiten *Santi Umberti*

Der SPD-Stadtverordnete Santi Umberti hat bei seinem Redebeitrag in der Stadtverordnetenversammlung den SPD-Antrag für die Erarbeitung eines Konzeptes im Umgang mit neuer Discounterstrategie eingebracht. Dabei geht der SPD-Antrag auf drei wesentliche Forderungen ein:

- 1.** Der Magistrat der Wissenschaftsstadt Darmstadt soll ein Konzept entwickeln, wie die Stadt zukünftig mit ähnlichen Angeboten von Discountern - die den Bau einer Filiale mit Wohnungsbau verbinden - wie im Fall vom Bau eines zweiten Aldi-Marktes im Ortskern von Arheilgen - umgehen wird.
- 2.** Im Rahmen des Konzeptes ist eine verbindliche Form von Bürgerbeteiligung aufzunehmen, um die Bedürfnislage der Bürgerschaft aufzunehmen.
- 3.** Offenlegung weiterer konkreter Anfragen und Angebote von Discountern für Darmstadt, bei denen ähnlich wie in Arheilgen ein Wohnungsbauprojekt mit Filialbau gekoppelt ist.

„Durch diese Vorgehensweise soll eine aktive Wohnungsbaupolitik auf kommunaler Ebene gewährleistet werden, um auch Sozialwohnungen und Wohnungen für mittlere Einkommen zu bauen, die dringend erforderlich sind. Außerdem soll zusätzlich der funktionierende Einzelhandel nicht gefährdet werden“, so Umberti

Die grün-schwarze Regierungskoalition hat den Antrag leider abgelehnt.

## KURZ GEFRAGT – SCHNELL GEANTWORTET

Ist es zutreffend, dass...

auf dem Gehaborner Hof, auf schwermetallbelasteten Grund, Erdbeeren angebaut werden und wenn ja, was unternimmt die Stadt dagegen? *Santi Umberti*

OB Partsch: Es ist bekannt, dass dort eine Schwermetallbelastung vorliegt, es gibt Anbaubeschränkungen für bestimmte Getreidesorten, die aber nicht für Spargel und Erdbeeren gelten.



## Wie viele ...

Ladestationen für Elektrofahrzeuge sind in Darmstadt vorhanden und wie viele wären erforderlich, um z.B. Dieselfahrern eine Alternative zum Umstieg auf Elektrofahrzeuge im Interesse einer wirksamen Reduzierung der extrem hohen Luftverschmutzung in Darmstadt anbieten zu können? *Uschi Knechtel*



Stadträtin Boczek: Es gibt 22 Ladesäulen in Darmstadt für Elektrofahrzeuge, das Angebot wird nach und nach ausgebaut. Notwendig wäre, eine aufwendige Recherche und Datenerhebung zu machen und aufwendige Modellrechnungen durchzuführen, um den genauen Bedarf zu ermitteln. Auch hängt ein Umstieg nicht allein von der Erreichbarkeit von Ladestationen ab, sondern ist eine sehr individuelle Entscheidung und hängt auch mit den immer noch sehr hohen Anschaffungskosten für Elektrofahrzeuge zusammen sowie der Lademöglichkeit vor der Haustür und die Reichweite. Auch löst ein Umstieg nicht die Umweltprobleme in Darmstadt. Daher ist es wichtig, auch den Fuß- und Radverkehr und den ÖPNV zu stärken, um mehr Platz für Menschen zu schaffen und langfristig die Schadstoffbelastung zu senken.

## Welche Pläne hat...

der Magistrat zur Erweiterung des Berufsschulzentrums Mitte, das nun in der Achtungsgrenze der Immissions-Schutzzone liegt? *Yasemin Aslan*



Aktuell wird bei Evonik an der Nachrüstung der technischen Anlage gearbeitet, um die Austrittsmenge gefährlicher Chemikalien im Fall eines Lecks weiter zu reduzieren. Ziel ist, durch diese Maßnahme den Schutzradius wieder auf das Gelände von Evonik zu reduzieren



# DIE STAVO IM BILD

